



Eine-Welt-Presse

Nord-Süd-Zeitung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)

Nr. 1 / 2013 | 30. Jahrgang | ISSN 1614-5437

Hunger ist kein Schicksal

Obwohl genug Lebensmittel da sind, gelingt es bisher nicht, alle Menschen zu ernähren



Foto: Matt Logelin
CC-SA 2.0

Von Uwe Kerkow

Derzeit möchten rund 7,2 Milliarden Menschen auf der Erde satt werden. Dies möglich zu machen, ist eine große Aufgabe, die die Menschheit bisher leider nur unvollkommen gelöst hat. Aber die Voraussetzungen, alle satt zu bekommen, sind nach wie vor gut.

2200 Kalorien benötigt ein erwachsener Mensch etwa täglich. Bei harter körperlicher Arbeit, während Schwangerschaft und Stillzeit und während des Heranwachsenden kann es auch mehr sein. Ernährungssicherheit herrscht, wenn alle Menschen jederzeit physisch, sozial und wirtschaftlich Zugang zu ausreichenden, sicheren und nahrhaften Lebensmitteln haben, die ihren Bedürfnissen und Ernährungswünschen für ein aktives und gesundes Leben entsprechen (Definition der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, FAO). Heute wachsen die Erträge weltweit kontinuierlich, obwohl die landwirtschaftlichen Nutzflächen in den letzten 20 Jahren kaum vergrößert wurden: 1991 standen nach Angaben der FAO weltweit knapp 4,839 Milliarden Hektar zur Verfügung – das sind 48,389 Millionen Quadratkilometer. 2011 waren es 49,116 Millionen Quadratkilometer. Das übertrifft die Fläche Asiens (44,6 Millionen qkm) um etwa zehn Prozent und entspricht etwa einem Drittel der Landmassen der Erde. Der Rest ist zu kalt, zu trocken, zu gebirgig, zu sumpfig oder aus anderen Gründen zu unfruchtbar, um als Ackerland infrage zu kommen.

Alle könnten satt werden

Die FAO hat ermittelt, dass 2011 etwa 883 Millionen Tonnen Mais, 704 Millionen Tonnen Weizen, 723 Millionen Tonnen Reis, 261 Millionen Tonnen Sojabohnen, 48,55 Millionen Tonnen Palmöl sowie 451 Millionen Tonnen Zuckerrüben und Zuckerrohr geerntet wurden. Zusammen mit all den anderen Erzeugnissen, die jedes Jahr geerntet werden, reicht das rein rechnerisch für alle: Jeder Erdenbürger könnte 2700 Kalorien täglich verzehren – mehr als genug. Doch es gibt eine ganze Reihe von Gründen, warum das nicht klappt. Längst nicht alle Nahrungsmittel werden auch von Menschen verzehrt. Die FAO schätzt, dass 2009 zum Beispiel nur 13 Prozent der weltweiten Maiserzeugung direkt für den menschlichen Konsum verwendet wurden und lediglich etwa 4,5 Prozent der Sojaernten. Bei Weizen waren es im gleichen Jahr etwa 64 Prozent und bei Reis immerhin rund 77 Prozent. Der Rest wird an Tiere verfüttert, um hochwertige Lebensmittel zu erzeugen (Fleisch, Fisch, Molkereiprodukte) oder dient der Energiegewinnung. Eine ganze Menge verdirbt auch aufgrund schlechter Infrastruktur,

bevor es genutzt werden kann (Nachernteverluste), oder wird ohne Not auf den Müll gekippt.

2010 wurden über neun Prozent der Weltgetreideernten (162 Millionen Tonnen) zu Biokraftstoffen weiterverarbeitet. In der EU waren es rund 3,3 Prozent. Bei Mais erreichte dieser Wert weltweit rund 17 und bei den Zuckerpflanzen etwa 20 Prozent. In vielen Ländern ist die Infrastruktur so mangelhaft, dass bis zu einem Drittel der Ernte verdirbt, bevor die Nahrungsmittel die Verbraucher erreichen. In den Industriestaaten werden Lebensmittel dagegen in aller Regel nach der Auslieferung vom Handel oder den Verbrauchern vernichtet: Jedes Jahr landen allein in Deutschland 20 Millionen Tonnen Lebensmittel auf dem Müll. Umgerechnet entsorgt jeder Deutsche pro Jahr Lebensmittel im Wert von rund 330 Euro in der Mülltonne – vieles davon noch originalverpackt und ungeöffnet.

Die unbewältigte Herausforderung

2010 bis 2012 litt durchschnittlich jeder Achte an Hunger und chronischer Unterernährung – das sind ungefähr 870 Millionen Menschen. Fast alle Hungernden – 852 Millionen Menschen oder 98 Prozent – leben in Entwicklungsländern. Doch auch in den Industrieländern gibt es immer noch Hunger: 16 Millionen Menschen waren hier nach Zählungen der FAO zwischen 2010 und 2012 von Unterernährung betroffen. Das ist ein bedeutender Anstieg und das

Ende eines langfristigen Trends: Die Zahl der Hungernden in Industrieländern war seit 1990 von 20 Millionen auf 13 Millionen im Zeitraum 2004 bis 2006 gesunken. Obwohl die meisten hungernden Menschen in Asien leben, trifft der Hunger jedoch nach wie vor Afrika am schwersten. Dort hungert fast ein Viertel der Bevölkerung mehr oder weniger häufig. Die Zahl der vom Hunger Betroffenen stieg dort von 175 auf 239 Millionen Menschen. 20 Millionen davon kamen allein in den letzten vier Jahren hinzu. Seitdem wächst die Zahl der Hungernden jährlich um etwa zwei Prozent – das sind fast fünf Millionen Menschen. Kinder sind die verletzlichsten Opfer von Hunger und Unterernährung. Unterernährung spielt nach Angaben des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) bei mindestens der Hälfte der jährlich weltweit 10,9 Millionen Todesfällen von Kindern eine Rolle. Denn schlecht oder mangelhaft ernährte Kinder werden häufiger krank und brauchen länger, um wieder gesund zu werden. Die neuesten Schätzungen beziffern die von Mangel- und Fehler-nährung betroffenen Kinder in Entwicklungsländern auf 32,5 Prozent. Mehr als 70 Prozent dieser Kinder leben in asiatischen Ländern, 26 Prozent in Afrika und vier Prozent in Lateinamerika und der Karibik. Für viele beginnt der Hunger bereits vor der Geburt, weil schon ihre Mütter unterernährt sind.

Fortsetzung auf Seite 2

Seite 3



Ländliche Entwicklung

Seite 4



Klimawandel und Ernährung

Seite 5



Katastrophen und Ernährungshilfe

Seite 6



Ernährung in Nord und Süd

Seite 7



Satte Profite

Seite 8



Fairer Handel

Seite 8



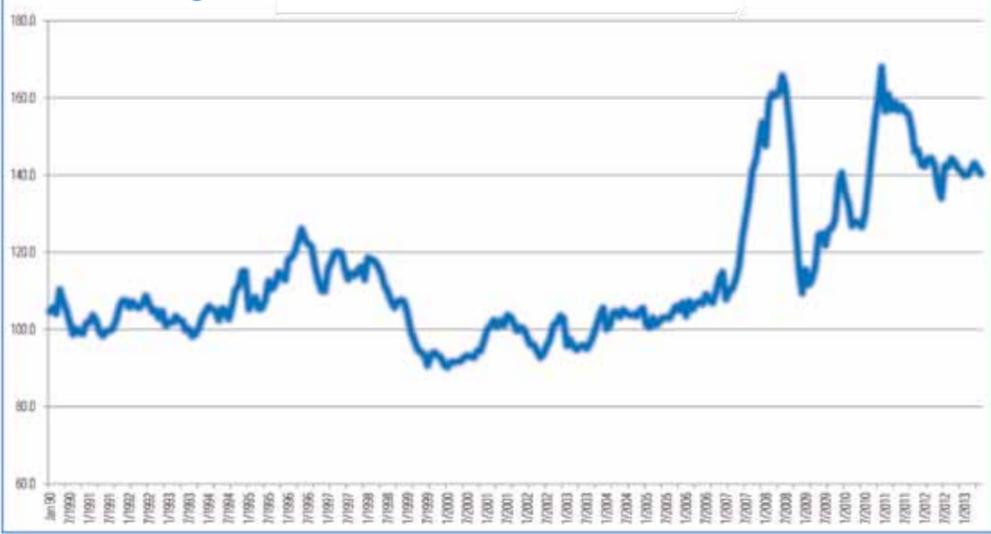
Kleines Korn, große Wirkung

Eine-Welt-Presse Online



www.dgvn.de

FAO-Nahrungsmittel-Preisindex 1990 bis 5/2013 (in Prozent)



Quelle: FAOSTAT, Preisindex in Prozent, inflationsbereinigt, 2002 – 2004 = 100%

Reaktionen auf Nahrungsmittel(preis)krise 2008

Der rasante Anstieg der Lebensmittelpreise 2008 hat Millionen Menschen in Not und Elend gestürzt. In vielen Ländern brachen Hungerrevolten aus – so zum Beispiel in Ägypten, Bangladesch, Burkina Faso, in der Elfenbeinküste, in Guinea, Haiti, im Jemen, in Kamerun, Mauretanien und in Mexiko.

Es war klar, dass die internationale Gemeinschaft reagieren musste: Im gleichen Jahr noch rief UN-Generalsekretär Ban Ki-moon eine *Hochrangige Expertengruppe zur globalen Nahrungsmittelkrise* ein. Sie soll die internationalen Anstrengungen zur Ernährungssicherung enger verzahnen und harmonisieren. Dazu soll sie einerseits die Abstimmung zwischen den verschiedenen Unter- und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen untereinander und andererseits die Kommunikation zwischen den Vereinten Nationen und anderen internationalen Akteuren verbessern.

Damit sind zum Beispiel die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) oder die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gemeint.

Ein ähnliches Ziel verfolgt die *Globale Partnerschaft für Landwirtschaft, Nahrungssicherheit und Ernährung*. Sie wurde 2009 auf dem dritten Welternährungsgipfel in Rom auf Vorschlag von G8 und G20 ins Leben gerufen. Sie soll ein Netzwerk zwischen der Organisation für Landwirtschaft und Ernährung und dem Welternährungsprogramm, den Geber- und Entwicklungsländern sowie Nichtregierungsorganisationen und der Wirtschaft herstellen. Die Globale Partnerschaft zielt dabei insbesondere auf eine stärkere Koordinierung der verschiedenen Akteure und eine verbesserte Kohärenz der Politiken zur Sicherung der Welternährung.

Fortsetzung von Seite 1

Die Gründe für den Hunger

Die wichtigsten Gründe für Hunger sind nach den Forschungsergebnissen der FAO Armut und mangelnder Zugang zu Ressourcen, gepaart mit einer extrem ungleichen Verteilung der Einkommen weltweit. Das klingt trivial, ist es aber nicht. Denn wenn Armut die Ursache für Hunger ist, reicht es nicht aus, die Produktion von Lebensmitteln zu steigern, um alle Menschen satt zu bekommen. Es muss zusätzlich viel dafür getan werden, dass alle Menschen sie sich auch leisten können. Doch noch immer müssen 1,34 Milliarden mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag zurechtkommen. So kann es nicht verwundern, dass die durchschnittlichen Ausgaben für Nahrungsmittel in den ärmsten Ländern der Welt bei 60 bis 80 Prozent des verfügbaren Einkommens liegen. In den Industrieländern sind es nur zwischen 10 und 20 Prozent. Wenn die Nahrungsmittelpreise um 60 Prozent steigen, bedeutet dies für die extrem Armen, dass sie auf einmal 1,6 US-Dollar am Tag benötigen, um satt zu werden, statt wie bisher etwa einen US-Dollar. Wenn täglich insgesamt aber nur 1,25 US-Dollar zur Verfügung stehen, kommt der Hunger zwangsläufig. 2008/09 und erneut 2010/11 stiegen die Nahrungsmittelpreise drastisch. Seitdem liegen sie inflationsbereinigt etwa 40 Prozent über dem Niveau von vor zehn Jahren. 44 Millionen Menschen (darunter fast 30 Millionen Kinder) sind seit Juni 2010 durch steigende Preise für Nahrungsmittel in extreme Armut geraten.

Ein weiterer Grund für Hunger und Armut sind Kriege und Konflikte. Zum einen zerstören sie die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Menschen in den betroffenen Regionen ganz direkt. Zum anderen gehen mit der Gewalt Vertreibung und Flucht einher, und Flüchtlinge sind eine besonders verletzte und von Armut bedrohte Gruppe. Nachdem 2005 die Zahl der Flüchtlinge weltweit auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren angelangt war, erreichte sie 2012 mit über 45 Millionen Menschen einen neuen

Rekord. Wie sich der Klimawandel auf die Ernährungssicherheit weltweit auswirkt, kann auf Seite 4 nachgelesen werden.

Ohne Frauen geht es nicht

Landwirtschaft bedeutet, riesige Trecker zu fahren oder mit der Hand Schwerarbeit zu verrichten. Da ist für Frauen scheinbar kein Platz. Weit gefehlt: Die Europäische Union hat ermittelt, dass fast ein Drittel (31 Prozent) der landwirtschaftlichen Arbeit in der EU von Frauen erledigt wird. Europaweit sind das etwa 5,44 Millionen weibliche Arbeitskräfte. Deutschland liegt dabei leicht über dem EU-Durchschnitt, während die Frauen in Portugal fast die Hälfte (45 Prozent) der Arbeit auf den Höfen leisten und in Nordeuropa etwa ein Viertel. Weltweit sind etwa eine Milliarde Menschen in der Landwirtschaft tätig. In den Entwicklungsländern stellen die Frauen im Durchschnitt ungefähr 43 Prozent aller landwirtschaftlichen Arbeitskräfte. Aber weltweit sind nur ein Fünftel aller Landbesitzer Frauen. In Nordafrika gehören nicht einmal fünf Prozent des Ackerlands Frauen; in Westasien und in Afrika südlich der Sahara sind es etwa 15 Prozent. Bei der Vermittlung von Wissen und der finanziellen Unterstützung sieht es ganz ähnlich aus: Lediglich fünf Prozent aller landwirtschaftlichen Beratungsdienste in Entwicklungsländern werden von Bäuerinnen genutzt. Kein Wunder, denn weltweit sind nur 15 Prozent aller landwirtschaftlichen Berater weiblich. Ganze zehn Prozent der finanziellen Beihilfen für Land- und Forstwirtschaft und Fischerei erreichen Frauen. Doch obwohl sie fast überall und oft in mehrfacher Hinsicht diskriminiert werden, leisten sie in den Entwicklungs- und Schwellenländern in Bezug auf Ernährung mehr als die Männer: Sie produzieren zwischen 60 und 80 Prozent aller Nahrungsmittel. Es gibt Schätzungen der FAO, nach denen Frauen ihre Erträge um 20 bis 30 Prozent steigern könnten, wenn diese Diskriminierungen gestoppt und Bäuerinnen ihren Kollegen endlich gleichgestellt würden.

Es werde Brot

Von Uwe Kerkow



„Fiat Panis“ – „Es werde Brot“ steht unter der Getreideähre auf dem Logo der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organisation, FAO). Die Organisation wurde – eine Woche vor den Vereinten Nationen – am 16. Oktober 1945 im kanadischen Quebec gegründet. Seit 1975 wird an diesem Tag der Welternährungstag begangen. Die FAO ist die größte Sonderorganisation der UN und hat ihre Zentrale in Rom. Gegenwärtig gehören ihr 194 Staaten und die EU an. Sie soll zu einem höheren Lebensstandard und besserer Ernährung beitragen. Sie soll Hunger und Unterernährung überwinden helfen. Die FAO tut das, indem sie sich an der Schaffung internationaler Regelwerke im Bereich Landwirtschaft und menschliche Ernährung beteiligt, die verschiedenen Vorstellungen und Politiken ihrer Mitgliedsstaaten koordiniert und interessierte Partner fachlich berät.

Dafür unterhält die FAO ein weltweites Netz von Vertretungen – vor allem, um die jeweiligen Regierungen in agrarpolitischen Fragen zu beraten und bei den Bemühungen zur Ernährungssicherung und Armutsbekämpfung zu unterstützen. Fachabteilungen zu einer Vielzahl von land- und forstwirtschaftlichen Themen sowie zu Ernährungs- und Fischereifragen helfen dabei. Außerdem beschäftigt sich die FAO mit Fragen des Verbraucherschutzes, und sie widmet sich der Nutzung und dem Erhalt der natürlichen Ressourcen sowie dem Umweltschutz. Auch betreibt die FAO Abteilungen für Krisenmanagement und für die Süd-Süd-Kooperation. Schließlich bietet die Organisation ein zentrales Konferenzforum zu all diesen Themengebieten. Denn die FAO fungiert auch als Wissensnetzwerk.



Hauptquartier der FAO in Rom. Foto: Scopritore, wikimedia

Der Welternährungsausschuss

Der *Ausschuss zur Sicherung der Welternährung* (Committee on World Food Security, CFS) ist ein Gremium, in dem alle an Ernährungsfragen Beteiligten zusammenarbeiten sollen, um die Welternährung zu sichern. Dazu soll die nationale Politik der einzelnen Länder koordiniert und aufeinander abgestimmt werden, damit sie sich nicht gegenseitig widersprechen oder gar aufheben. Um diesem hohen Anspruch gerecht zu werden und gleichzeitig vor Ort Gehör zu finden, wurde der CFS sehr breit aufgestellt: Dem Ausschuss gehören – außer allen relevanten UN-Organisationen und den 191 Mitgliedstaaten der FAO – internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank, der Internationale Währungsfonds (IWF), die Welthandelsorganisation (WTO) und regionale Entwicklungsbanken an. Weitere wichtige Partner sind internationale Agrarforschungsinstitute. Damit nicht nur Experten die Politik formulieren, steht der CFS auch Nichtregierungsorganisationen offen. Das können Gewerkschaften, Bauernverbände, Landlosenorganisationen, Frauenverbände, Verbraucher oder Indigene und entwicklungspolitische Organisationen sein. Auch Unternehmen und wohltätige Organisationen sind zugelassen. Der CFS ist dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen beigeordnet. Als wichtiges Beispiel für die Arbeit des CFS sind vor allem die *Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern* zu nennen, die im Mai 2012 in Rom beschlossen wurden. Die FAO hat eine große Kampagne gestartet, die 20 Millionen US-Dollar einbringen soll, damit die Leitlinien besser umgesetzt werden können. Das Geld soll vor allem Regierungen armer Länder helfen, die Rechte ihrer Einwohner auf Zugang zu Land, Wäldern und Fischgründen zu sichern.

Der Lebensmittelkodex

Ein wichtiges Organ der FAO und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist der *Codex Alimentarius*. Dieses Gremium legt internationale Qualitätsstandards für Lebensmittel fest und erarbeitet Richtlinien für den Verbraucherschutz. Dabei achten die Mitglieder des Codex gleichzeitig darauf, dass die Fairness im internationalen Handel mit Nahrungsmitteln gewahrt bleibt. Erklärtes Ziel der Normen ist, dass die Verbraucher der Qualität und Sicherheit der Lebensmittel vertrauen können, die sie kaufen. Nahrungsmittelimporteure müssen sich darauf verlassen können, dass die Qualität der Produkte im internationalen Handel den angegebenen Spezifikationen auch tatsächlich entspricht; deswegen werden die an sich unverbindlichen Regeln in vielen globalen Handelsabkommen zu verbindlichem Recht erklärt.



Zwei Seiten einer Medaille

Ernährung und ländliche Entwicklung

Kleinbäuerliches Gehöft auf dem Jos-Plateau in Nigeria. Foto: Uwe Kerkow

Von Rafaël Schneider

Es klingt unglaublich – aber weltweit sind die meisten von Hunger betroffenen Menschen ausgerechnet in der Landwirtschaft tätig. Dabei könnten die Menschen sich in den meisten Hungerregionen das ganze Jahr über gesund ernähren – vorausgesetzt, sie könnten sich die teuren Lebensmittel leisten. Doch es gibt Wege aus ländlicher Armut und Hunger.

Über 70 Prozent der Hungernden – mehr als 600 Millionen Menschen – leben in armen, ländlichen Regionen der Entwicklungsländer. Sie haben meist keinen Strom und auch keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sind dort wenig vorhanden und von schlechter Qualität. An Toiletten, Abwasser- und Müllsysteme ist erst gar nicht zu denken.

Frauen und Männer tun ihr Bestes, um ihre Familien zu ernähren und Geld zu verdienen. Doch außerhalb der Landwirtschaft finden sie kaum Arbeit. Viele Kinder müssen mitarbeiten und können nicht zur Schule gehen. Wenn die Männer auf der Suche nach einem besseren Einkommen in die Städte ziehen, bleiben Frauen und Kinder oft zurück. Dann sind die Frauen allein für das Überleben der Familie – für Haushalt und Landwirtschaft – verantwortlich. So ist es nicht verwunderlich, dass Frauen und Kinder besonders von Hunger betroffen sind. Das Leben in ländlichen Räumen ist hart, und die Erträge sind oft so gering, dass keine Ersparnisse gebildet werden können. Schnell wird ein kleines Problem – wie ein Krankheitsfall – zur Katastrophe für die ganze Familie.

Das Leben der Armen auf dem Land hat sich kaum verändert

Das Leben armer Menschen auf dem Land hat sich in den letzten Jahrzehnten kaum verändert. Ihr Überleben war weder ein

Thema für ihre Regierungen noch für die internationale Gemeinschaft. Gerade die Geberländer und die internationalen Entwicklungs- und Finanzierungsinstitutionen haben lange darauf beharrt, dass hauptsächlich zwei Elemente zur Überwindung des Hungers beitragen: freie Märkte und eine global ausreichende Agrarproduktion. Daher folgte die staatliche und internationale Welternährungspolitik auch über viele Jahre dem Credo von Marktöffnung und Produktivitätssteigerung. Dadurch ist es gelungen, genug Nahrungsmittel zu produzieren, um – zumindest theoretisch – alle Menschen ernähren zu können. Und tatsächlich könnten sich die Menschen in den meisten Hungerregionen das ganze Jahr über gesund ernähren – vorausgesetzt, sie können sich die teuren Lebensmittel leisten. Für weit über eine Milliarde Menschen, die mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag auskommen müssen, sind aber die Lebensmittel kaum bezahlbar. Die Folge: Noch immer hungern 868 Millionen Menschen.

Ländliche Entwicklung ist nun wieder auf der entwicklungspolitischen Agenda: Sie ist nicht nur der wichtigste Baustein zur Überwindung des globalen Hungers, sondern auch zur Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung. Menschen dabei zu unterstützen, sich einen Zugang zu ausreichender und angemessener Nahrung zu verschaffen, ist keine Frage von Wohltätigkeit. Vielmehr haben sich sowohl die nationalen Regierungen als auch die inter-

nationale Gemeinschaft dazu verpflichtet, Menschen bei der Wahrnehmung ihres Grundrechts auf Nahrung zu unterstützen.

Keine Patentrezepte

Da Umweltbedingungen, Entwicklungsstand und kulturelle Prägung überall andere Anforderungen an die Landwirtschaft stellen, gibt es kein global gültiges Entwicklungsmodell für ländliche Räume. Dennoch ist klar: Die Überwindung von Hunger und Armut im ländlichen Raum hängt insbesondere davon ab, wie erfolgreich der Agrarsektor zur Ernährung und zu angemessenen Einkommen beiträgt. Im Mittelpunkt steht die Idee, dass aus armen Kleinbauern moderne, ökologisch und sozial nachhaltig wirtschaftende Landwirte werden. Ziel ist, dass die Erträge nicht nur zur Selbstversorgung dienen, sondern Überschüsse ermöglichen. Denn nur so können Einkommen und Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden. Ertragssteigerung muss aber Hand in Hand mit Diversifizierungsstrategien und der Weiterverarbeitung von Erzeugnissen gehen. Dadurch werden nicht nur Risiken von Missernten und Nachernteverlusten gemindert, sondern auch Arbeitsplätze geschaffen. Es ist aber noch aus einem weiteren Grund sehr wichtig, der Diversifizierung genug Bedeutung zuzumessen: Zwei Milliarden Menschen leiden an Mangelernährung. Gerade arme Menschen im ländlichen Raum haben nicht genug Geld, um nötigenfalls Lebensmittel zuzukaufen. Daher leistet die Anbauvielfalt vor Ort einen wichtigen Beitrag zu einer gesunden, kulturell angemessenen und bezahlbaren Ernährung. Während der Schwangerschaft und im Kleinkindalter ist eine gesunde Ernährung besonders wichtig, um bleibende Entwicklungsschäden zu vermeiden. Entwicklungsprojekte haben gezeigt, dass insbesondere an abgelegenen Wohnorten die Anlage von Hausgärten und dörflichen Gemeinschaftsgärten einen wichtigen Beitrag zur Beseitigung von Mangelernährung leistet.

Arbeitsplätze und lokale Wirtschaftskreisläufe

Damit die Landwirtschaft zu einer erfolgreichen ländlichen Entwicklung beiträgt, ist es wichtig, lokale Wirtschaftskreisläufe zu fördern. Hierbei geht es insbesondere um den Aufbau von Vermarktungsstrukturen und die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe. Die Palette möglicher Maßnahmen ist breit: Sie reicht von Konservierungstechniken wie der

Trocknung von Obst oder Gemüse über die Herstellung von Säften, der Produktion von Käse bis hin zur Fermentierung von Kakao. Damit die Produkte in gutem Zustand auf die Märkte gelangen können, ist der Ausbau von Verkehrswegen, der Energieversorgung und von Lagerhaltungsmöglichkeiten von besonderer Bedeutung. Entscheidend für eine erfolgreiche ländliche Entwicklung sind jedoch nicht nur die Landwirtschaft und ihre vor- und nachgelagerten Bereiche. Wichtig ist, dass die Menschen vor Ort ihre Entwicklung selbstbestimmt in die Hand nehmen können. Grundvoraussetzung dafür sind Gesundheit und Bildung. Dies sind zwei Sektoren, die gerade in armen ländlichen Räumen stark vernachlässigt wurden. Massive Investitionen sind nicht nur für den Bau von Gebäuden, sondern noch mehr für die Qualifizierung und eine angemessene Bezahlung von Gesundheits- und Lehrpersonal notwendig. Und Mädchen und Frauen müssen gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Gesundheit erhalten. Die Menschenrechte von Frauen müssen in allen Bereichen verwirklicht werden. Nur dann können Frauen an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen teilnehmen, sich für ihre eigenen Interessen einsetzen, Geld verdienen, ein eigenständiges Leben leben – und dadurch letztlich auch zu einer erfolgreichen ländlichen Entwicklung beitragen.

.....
Dr. Rafaël Schneider arbeitet seit 2007 für die Welthungerhilfe e.V., Bonn. Er ist Referent für Entwicklungspolitik und stellvertretender Leiter Politik und Außenbeziehungen.
.....



Traditioneller Hirschespeicher in Nord-Ghana. Solche Bauwerke sind zwar sehr schön anzusehen, schützen die Ernte jedoch nur unzuverlässig. Hier könnten Investitionen helfen, Nachernteverluste zu mindern. Foto: Ina Zeuch

Die Stiftung Erde kämpft für Landrechte

Zur Verwirklichung von Menschenrechten können bereits kleine Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit entscheidend beitragen. In Bolivien z. B. arbeitet eine Partnerorganisation der Welthungerhilfe mit Frauen, die allein nicht in der Lage sind, ihre Landrechte einzufordern. Die *Fundación Tierra* (Stiftung Erde) bietet den Frauen Kurse an, damit sie erfolgreich einen Antrag auf Landtitulierung stellen können. Dadurch wird gleichzeitig das Selbstbewusstsein der Frauen ganz entscheidend gestärkt. Doña Martha, Vertreterin der lokalen Interessensgruppe, hat angekündigt: „Und wenn es nötig ist, werden wir bis zum Präsidenten gehen, um unser Recht zu bekommen.“ Einen Termin beim Ministerium für Landwirtschaft und Landrecht hat ihre Gruppe bereits durchgesetzt. Wenn Menschen und vor allem Frauen so entschlossen ihre Zukunft in die Hand nehmen, hat ländliche Entwicklung gute Voraussetzungen.

Doch die Förderung einer nachhaltigen und armutsorientierten ländlichen Entwicklung allein wird das Hungerproblem nicht lösen. Denn der Klimawandel erschwert Fortschritte in der Ernährungssicherung. Und die massive Subventionierung unserer Landwirtschaft verhindert immer noch die Entwicklung der Kleinbauern in Entwicklungsländern. Der explosionsartig zunehmende Einsatz von Biokraftstoffen führt zu Landraub in Entwicklungsländern und zu steigenden Lebensmittelpreisen. Dieser Trend wird zusätzlich durch die Spekulation auf Agrarrohstoffe verstärkt. Ernährungssicherheit durch ländliche Entwicklung zu verwirklichen, ist daher nicht nur eine Aufgabe der Entwicklungspolitik. Entschlossenes Handeln und politische Kohärenz sind auf nationaler wie internationaler Ebene notwendig.

Mehr Hunger droht

Der Klimawandel ist auf den Feldern angekommen

Von Anika Schroeder



Wo jetzt Gras wächst, plätscherten einst Wellen an das Ufer. Ausgetrockneter See in Australien. Foto: Bidgee, wikimedia

Die globale Erwärmung führt zu einem umfassenden Wandel des Klimasystems: Sie verändert Winde, Regenfälle, Stürme und Meeresströmungen. Das hat insbesondere Einfluss auf die Landwirtschaft. Welche, lässt sich im Detail schwer vorhersagen. Nur eines ist sicher: Der Klimawandel betrifft alle Menschen, besonders aber die Ärmsten.

Die Erderwärmung muss begrenzt werden. Ganz zu stoppen ist der Klimawandel aber nicht mehr, deshalb müssen sich alle Länder auf die Folgen vorbereiten. Die Industrienationen tragen dabei eine besondere Verantwortung, denn sie sind historisch für den weitaus größten Teil des Kohlendioxidausstoßes verantwortlich.

Durch die Verbrennung fossiler Rohstoffe, die Zerstörung von Wäldern und dem damit verbundenen Ausstoß von Treibhausgasen hat sich die Atmosphäre bereits um 0,8 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau im Jahr 1800 erwärmt. Laut einem Weltbankbericht würde eine um zwei Grad Celsius wärmere Welt die Wasserverfügbarkeit im südlichen Afrika um 20 Prozent reduzieren, eine Erwärmung um vier Grad gar um 50 Prozent. Schon heute lebt hier jeder dritte Mensch in dürregefährdeten Regionen. Klimawissenschaftler gehen davon aus, dass sich die Anzahl der Hungernden durch den Klimawandel um bis zu 26 Prozent erhöhen wird – das wären mindestens 200 Millionen Hungernde mehr. Klar ist, dass der Klimawandel die Ernährungssicherheit bedroht.

Auch Industrieländer sind betroffen

Die Folgen des Klimawandels sind regional sehr unterschiedlich. Industrieländer haben bessere Voraussetzungen, um sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen, als Entwicklungsländer. Viele Studien kommen zu dem Ergebnis, dass Bäuerinnen und Bauern bei einem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um zwei bis drei Grad Celsius in den meisten tropischen und subtropischen Regionen erheblich weniger Getreide ernten würden. In den gemäßigten Breiten könnten die Erträge jedoch steigen. So könnte auch in Deutschland durch längere Anbauzeiten und höhere Temperaturen mehr geerntet werden.



Klimawandel konkret – die Anden

Foto: Beatriz Posada Alonso, wikimedia

In den Anden, wo viele Klimazonen auf engem Raum liegen, vollzieht sich der Wandel besonders sichtbar. Auf den Hochebenen freuen sich Kleinbäuerinnen und -bauern, dass es wärmer wird. Wo einst der Boden fast das ganze Jahr gefroren war, gedeihen Kartoffeln. Wo einst nur Kartoffeln wuchsen, wächst jetzt auch Mais. Kurzfristig ist mancherorts mehr Wasser vorhanden, das von den schmelzenden Gletschern den Berg hinab fließt. Doch wenn die Gletscher abgeschmolzen sind, wird der Wasserstrom versiegen. Auch die traditionellen Methoden zur Vorratshaltung funktionieren nicht mehr: Früher machte man auf den Hochebenen Kartoffeln haltbar, indem man sie gefriertrocknete. Doch längst fehlt es vielerorts an verlässlichen Nachtfrosten und Eisflächen, um diese sogenannten *Chuñas* herzustellen. *Chuñas* werden für die Ernährung aber immer wichtiger, denn die Gefahr von Ernteausfällen durch Dürre nimmt zu.

Aber die Erderwärmung birgt auch neue Gefahren für die Ernten: 2013 trat in Deutschland erstmals die durch einen Pilz verursachte Getreidekrankheit „Schwarzrost“ auf, die bisher nur in Afrika bekannt war.

Arme leiden besonders

Viele Kleinbäuerinnen und -bauern in Afrika, Asien und Lateinamerika haben kaum die Möglichkeiten, nach schlechten Ernten die Zeit bis zur nächsten Ernte zu überbrücken – weil zu wenig Getreide in den Speichern lagert oder weil finanzielle Rücklagen fehlen. Meist leben sie in Ländern, deren Regierungen ihre Bevölkerung nicht ausreichend bei Dürren und Naturkatastrophen unterstützen können oder denen es am politischen Willen dazu fehlt. Kleinbäuerinnen und -bauern drohen mit jeder verlorenen Ernte Hunger und extreme Armut. Doch nicht nur sie sind betroffen: Auch Wanderarbeiter und Erntehelfer finden in schlechten Erntejahren keine Arbeit und stehen vor dem Nichts.

Die Folgen des Klimawandels zeigen sich aber auch in den sprunghaften Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln. 2012 erfasste zum Beispiel eine Dürre 80 Prozent der USA. Die Nahrungsmittelbörsen reagierten sofort. Der Maispreis stieg um 50, der Weizenpreis um 80 Prozent. Preisschocks dieser Art werden in Folge des Klimawandels wahrscheinlich zunehmen und treffen arme Menschen besonders hart.

Die klimatischen Veränderungen bedrohen jedoch nicht nur die Erntemengen, sondern beeinflussen auch die Qualität der Nahrungsmittel, den Zugang der Farmer zu ihren Märkten, die stabile Versorgung mit Lebensmitteln und die Gesundheit von Menschen:

- Es gibt Hinweise darauf, dass der zunehmende CO₂-Gehalt in der Atmosphäre das Wachstum von Pflanzen zwar fördert, gleichzeitig aber die Proteinmenge der Nahrungsmittel reduzieren kann.
- Naturkatastrophen – die sich durch den Klimawandel verstärken – können die Nahrungsmittelversorgung gefährden.
- Für eine Milliarde Menschen ist Fisch die Hauptproteinquelle. Die klimatischen Veränderungen beeinflussen die Ökosysteme der Meere massiv und tragen bereits heute zur Gefährdung der Fischbestände bei.
- Menschen in Entwicklungsländern leben nicht allein von Ackerpflanzen. Viele wild wachsende Pflanzenarten wandern aufgrund der globalen Erwärmung mit den sich verändernden Klimazonen. Doch nicht alle Pflanzen sind in der Lage, sich so schnell anzupassen. Schon für einen Temperaturanstieg von rund zwei Grad Celsius wird ein bedrohliches Tempo des Artensterbens prognostiziert.
- Der Klimawandel kann den Teufelskreis von Armut, Hunger und Krankheiten noch verstärken: Wo viele zu schwach sind, auf den Feldern zu arbeiten, fällt die Ernte entsprechend niedrig aus – was wieder zu hohen Nahrungsmittelpreisen und Hunger führt, der die Menschen anfälliger für Krankheiten macht.

Anpassung an den Klimawandel durch nachhaltige Landwirtschaft

Doch noch ist es für die meisten Menschen in Entwicklungsländern möglich, sich auf die neuen Bedingungen einzustellen und ihre Anbaumethoden so anzupassen, dass

sie trotz der veränderten klimatischen Bedingungen genug ernten, um ihre Familien zu ernähren.

Bäuerinnen und Bauern wenden nachhaltige Anbaumethoden an und entwickeln sie weiter. So kann es ihnen gelingen, den Boden vor Winderosion, starken Niederschlägen und Dürre zu schützen. Sie bauen stickstoffbindende Pflanzen an, düngen mit Kompost und schützen den Boden vor Austrocknung. Nachhaltige Anbaumethoden bedeuten auch eine Abkehr von der industrialisierten Landwirtschaft. Eine solche Agrarwende ist schon 2008 im Weltagrarbericht gefordert worden und vor allem in den Industrieländern erforderlich. Dazu müssen nicht nur Politiker und Bauern umdenken. Auch die Konsumenten tragen zum Klimawandel bei. Vor allem der Fleischkonsum ist für rund ein Drittel der Treibhausgase im Ernährungssektor verantwortlich.

Klimawandel begrenzen – Anpassung ermöglichen

Ob es auch in Zukunft gelingt, den Hunger zu bekämpfen und die Anpassung an den Klimawandel zu ermöglichen, wird im Wesentlichen von dessen Ausmaß abhängen und den Anstrengungen, die die Menschen bereit sind, dagegen

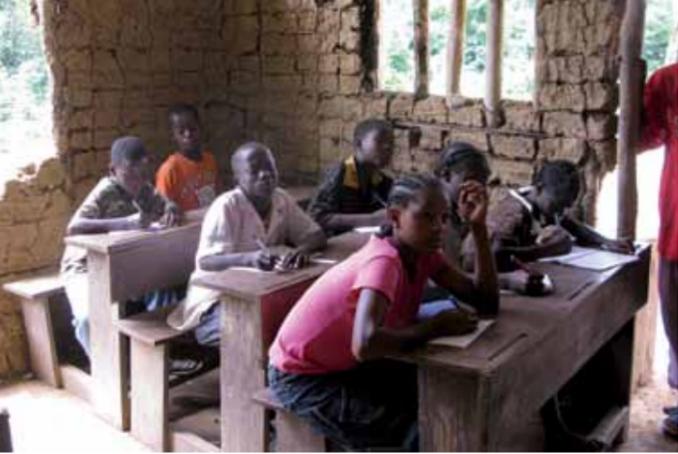


Dürre im Norden Kenias. Das ostafrikanische Land wurde in den letzten 15 Jahren wiederholt von langen Trockenperioden heimgesucht. Foto: DFID, wikimedia.

zu unternehmen. Eine Erderwärmung auf über zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau muss unbedingt verhindert werden.

Die Industrieländer entwickeln nationale Strategien, wie sie sich am besten an die Folgen des Klimawandels anpassen können. Brandenburg untersucht zum Beispiel, ob künftig vermehrt Dürren drohen, und diskutiert mit Landwirten, ob und wie zwischen Spreewald und Uckermark künftig Hirse wachsen kann. Entwicklungsländer können sich solche Studien und Programme kaum leisten. Sie fordern daher zu Recht finanzielle und technische Unterstützung von den Verursachern des Klimawandels, den Industrienationen. Diese haben die Pflicht, Entwicklungsländer darin zu unterstützen, Anpassungsmaßnahmen für die Folgen des Klimawandels zu entwickeln und umzusetzen sowie für nicht vermeidbare Schäden aufzukommen. Denn nur gemeinsam kann es gelingen, die Auswirkungen des Klimawandels zu bewältigen.

Anika Schroeder ist Referentin für Klimawandel und Entwicklung beim katholischen Hilfswerk MISEREOR in Aachen. Sie arbeitet dort seit sechs Jahren in der Abteilung Entwicklungspolitik.



Schulspeisungen sind fester Bestandteil der WFP-Aktivitäten. Hier eine Schule in Liberia. Foto: Uwe Kerkow



Katastrophenhilfe nach dem Erdbeben in Haiti. UN-Foto: Sophia Paris



Flüchtlingslager in Liberia. Flüchtlinge sind eine wichtige Zielgruppe des WFP. Foto: Uwe Kerkow

Katastrophen intelligent verhindern

Die Modernisierung der Nothilfe zur Ernährungshilfe

Von Ralf Südhoff

Der weltweite Kampf gegen den Hunger hat sich in den letzten Jahren dramatisch gewandelt und die Vereinten Nationen standen im Mittelpunkt dieses Prozesses, dessen Motor sie zugleich waren. Die Welternährungskrise 2008/2009 war für diesen Wandel ein einschneidendes Ereignis: Binnen weniger Monate explodierten 2008 die Nahrungsmittelpreise auf den globalen Agrarmärkten; Missernten in wenigen großen Exportländern wie Australien, in der Folge zahlreiche Exportstopps machten Nahrungsmittel schlagartig für Millionen Menschen unbezahlbar, die sich eigentlich längst der extremen Armut entronnen wähnten. Zugleich war die Welternährungskrise nur das Symptom einer langfristigen, strukturellen Veränderung: Die Ära der Nahrungsmittelüberschüsse war vorbei.

In sieben der acht Jahre zuvor waren die globalen Ernten geringer als die boomende globale Nachfrage ausgefallen. Eine wachsende Nachfrage nach Biosprit, nach Tierfutter, nach Fleisch und Milchprodukten wie die wachsende Weltbevölkerung hatten die einseitig überbordenden Getreidevorräte weltweit über die Jahre auf ein historisches Tief fallen lassen. Erst das hat das Welternährungssystem über die Zeit so verwundbar gemacht, dass eine einzige Missernte in wenigen Ländern das Gefüge zum Einsturz bringen konnte, die Preise explodieren und allein 40 Millionen Menschen erneut in die Armut abrutschen konnten. Hilfsorganisationen konnten zugleich den Betroffenen zunächst schlechter helfen als zuvor: Für das Welternährungsprogramm (UN World Food Programme, WFP) bedeutet beispielsweise jeder Preisanstieg für Getreide wie Weizen, Mais und Reis um nur 10 Prozent, dass es pro Jahr 200 Millionen US-Dollar mehr braucht, um genauso viele Hungernde unterstützen zu können. Zugleich steigen Spenden und Zuwendungen nicht mit den Nahrungsmittelpreisen an – das selbe Budget reicht also für viel weniger hungernde Menschen.

Welternährungskrise erzwingt Neuerungen

Zugleich hatte die Welternährungskrise jedoch die typische Wirkung eines teils heilenden Schocks: Der Hunger in der Welt, seit Jahrzehnten keine Priorität für Regierungen im Norden wie im Süden, war wieder auf der Agenda von G8- und G20-Gipfeln. Auch im Rahmen der Vereinten Nationen führte die Welternährungskrise sowohl zu institutionellen wie auch programmatischen Veränderungen: Zur Koordinierung der Welternährungskrise setzte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon eine hochrangige Expertenkommission ein, mit dem Auftrag, alle Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft zu koordinieren. Das Committee on World Food Security, seit langer Zeit als zu ineffektiv kritisiert, wurde reformiert, Nichtregierungsorganisationen besser eingebunden und die Partizipation verbessert. Die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (Food and Agricultural Organization, FAO) hat sich mittlerweile unter neuer Führung neue Managementstrukturen erarbeitet. Zugleich hatte zuvor mit dem Ende der Ära der Nahrungsmittelüberschüsse ein Wandel der Ernährungshilfe eingesetzt, der mit der Welternährungskrise einen großen nächsten Schub erhielt. Exemplarisch lässt sich dies am Beispiel des WFP als größter Hilfsorganisation der Welt aufzeigen:

Seit vielen Jahren ist nicht nur das WFP in einem Wandel begriffen von der Nahrungsmittelhilfe (*food aid*) zur Ernährungshilfe (*food assistance*). Entstand Nahrungsmittelhilfe in den 1960er Jahren aus der Idee, die großen Überschüsse aus Nahrungsmitteln in den Industriestaaten für die Hungerhilfe in notleidenden Entwicklungsländern zu nutzen, hat sich dies heute massiv gewandelt. Mit dem Ende der Überschüsse Anfang dieses Jahrhunderts und der Erkenntnis, dass ein flexibler Ansatz für verschiedenste Arten von Hilfen der effektivste ist, ist die *tool box* (der Werkzeugkasten) der Ernährungshilfe heute entscheidend: Nahrungsmittelhilfe kann in Krisengebieten weiterhin ein wichtiges Element sein, denn in Hungerkrisen ist es meist sogar notwendig,

zusätzliche Nahrungsmittel von außen zu importieren, um nicht durch lokale Ankäufe die explodierenden Nahrungsmittelpreise weiter nach oben zu treiben. Doch nicht ohne Grund setzt beispielsweise das WFP solche Nahrungsmittelspenden nur noch zu rund 25 Prozent seiner Arbeit ein, während neue Instrumente wie Bargeld-Transfer, Gutscheine, *Digital Food*, Spezialnahrung und ein lokaler Ankauf in Entwicklungsländern im Wert von rund einer Milliarde US-Dollar pro Jahr entscheidende weitere Hilfen sind.

Werkzeugkasten der Ernährungshilfe

Damit einher geht heute eine direkte Verschmelzung von kurzfristiger Nothilfe und Entwicklungsmaßnahmen inklusive häufig konditionierter Hilfen, die es früher in dieser Dimension nicht gab: Cash-for-Work Programme ermöglichen es von Dürren geplagten Bauern, dank Bargeld-Hilfen auf ihren Feldern zu bleiben und ihre Familien bis zur nächsten Ernte durchzubringen. Zugleich legen sie mit der vergoldeten gemeinnützigen Arbeit beispielsweise Bewässerungskanäle an, die das Dorf gegen die nächste Dürre wappnen. Schulspeisungen haben sich heute als effektives Instrument für die Stärkung der sozialen Sicherungssysteme in Entwicklungsländern entwickelt. Denn sie gewährleisten eine Absicherung in Zeiten der Krise, können sehr effektiv zeitweilig ausgebaut werden und ermöglichen über 23 Millionen armen Familien, ihre Kinder zu ernähren, wenn sie diese zugleich regelmäßig in die Schule schicken. *Digital Food*, elektronische Gutscheine, die über Handys versandt werden, ermöglichen es, der wachsenden Zahl von Hungernden in Städten sehr kosteneffizient zu helfen. Sie unterstützen mit der neu gewonnenen Kaufkraft gleichzeitig die einheimische Wirtschaft. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse erlauben es heute zudem, begrenzte Hilfsmittel noch zielgenauer einzusetzen: So ist mittlerweile erwiesen, dass die ersten tausend Tage eines Kindes entscheidend sind, um chronische Schäden zu vermeiden. In dieser Phase, in der sich 80 Prozent des Gehirns eines Menschen ausbildet, ist Hilfe mit Spezialnahrung und angereicherten Zusätzen am effektivsten, um die späteren seit langem bekannten großen Entwicklungsdefizite mangelernährter Kinder rechtzeitig zu vermeiden. Auch das WFP hat deshalb seine Hilfsprogramme mit angereicherter Nahrung in den letzten Jahren vervielfacht. Bei allen weiter bekannten Schwächen ist das inter-

nationale System heute also deutlich besser aufgestellt, Welternährungskrisen zu meistern. Dies gelingt vielfach unbemerkt, doch gute Nachrichten sind keine Nachrichten in der modernen Medienwelt: Selbst in Fachkreisen ist beispielsweise nur bedingt bekannt, dass die weltweiten Nahrungsmittelpreise 2012 erneut ein Rekordhoch erreicht haben und bis heute extrem hoch sind. Doch weil es bislang gelingt, eine akute Welternährungskrise zu vermeiden, ist dies kein Thema für die Öffentlichkeit. Dies könnte die gemachten Fortschritte wiederum gefährden, denn zugleich gilt: Wie effektiv die Vereinten Nationen und ihre Partner dazu beitragen können, den Hunger global zu bekämpfen, wird weiter massiv von ihren Mitgliedstaaten abhängen. Die Krisen am Horn von Afrika 2011 und in Westafrika 2012 waren Lehrbeispiele hierfür. Schon Monate vor Beginn der eigentlichen Hungerkrise am Horn von Afrika schlugen die Frühwarnsysteme und Hilfsorganisationen 2011 Alarm und appellierten, schnell zu handeln, damit aus der Krise keine Katastrophe werde. Doch die Warnungen wurden ignoriert: Bald darauf litten 13 Millionen Menschen Hunger, ihr Vieh starb, die Felder verstaubten, die Menschen flohen. Schließlich begann doch noch eine gigantische, milliardenschwere Notoperation, aber für viele, viele Menschen kam jede Hilfe zu spät. Die internationale Staatengemeinschaft hatte erst reagiert, als aus der Krise bereits eine Katastrophe geworden war. Um den Preis von vielen Menschenleben und einer Milliarden Euro schweren Nothilfe, die vermeidbar gewesen wäre.

Wie es besser geht

Wie es besser geht, zeigte sich ein Jahr später in Westafrika: Wieder suchte eine Dürre eine ganze Region Afrikas heim. Es war bereits die dritte Dürre in nur acht Jahren in einer Region, die früher allenfalls alle sieben bis acht Jahre unter einer Dürre litt. Über 15 Millionen Menschen litten im Frühling 2012 in Niger und in Mali, vom Tschad bis nach Senegal unter der Trockenheit. Erneut schlugen die Frühwarnsysteme Alarm – und wurden diesmal jedoch wahrgenommen. Jetzt konnten die Vorteile einer modernen, frühen Ernährungshilfe ihre Wirkung voll entfalten, indem Nothilfe und Entwicklungsprojekte verknüpft wurden. Millionen vom Hunger bedrohte Bauern konnten so mitten in der Krise befähigt werden, auf ihren Feldern zu bleiben und neue Äcker, Wasserbecken und Bewässerungssysteme für ihre Dörfer anzulegen, die sie gegen künftige Dürren wappnen und ihre „Resilienz“ (Widerstandsfähigkeit) stärken werden. *Cash-for-Work*-Programme und ein breites Set lokal angepasster Hilfe zur Selbsthilfe verhinderten, dass sie für immer ihre Existenzgrundlage verloren und in ihrer Not mit ihren Kindern in die Städte fliehen mussten. Die Saat einer frühen Krisenintervention ging auf: In der darauf folgenden Regenzeit im Sommer 2012 konnten Millionen westafrikanische Bauern ihre Felder neu bestellen und bald darauf eine gute Ernte einfahren. Die Krise war gemeistert – ohne Millionen von Hungertoten und Dürreopfern, ohne teure Luftbrücke und Katastrophenbilder. Die internationale Gemeinschaft hat in Westafrika demonstriert, dass sie die richtigen Lehren ziehen und Katastrophen verhindern kann. Damit ist sie einen großen Schritt vorangekommen. Ob die Staatengemeinschaft und damit auch die UN auf diesen Fortschritt aufbauen oder bei schwindendem öffentlichen Interesse ein neuer Rückschritt erfolgen wird, ist die Gretchenfrage der Zukunft im weltweiten Kampf gegen den Hunger.

Ralf Südhoff ist Leiter des Berliner Büros des Welternährungsprogramms.



Zwar ist in Bezug auf Ernährung in den Ländern des Südens nach wie vor der Hunger das größte Problem. Doch zu glauben, dass Unterernährung in Entwicklungsländern und Übergewicht in Industrieländern die einzigen Ernährungsprobleme sind, greift viel zu kurz. Eine solche verengte Sichtweise ist schon längst nicht mehr haltbar: Denn bereits im Jahr 2008 galten weltweit 35 Prozent der Erwachsenen über 20 Jahre als übergewichtig. Heutzutage leiden mehr Menschen an Übergewicht und Folgeerkrankungen wie Diabetes, Herz-Kreislauf-Problemen und bestimmten Krebsarten als an Unterernährung.

Zunächst ist es daher wichtig, den Begriff Fehlernährung näher zu betrachten. Fehlernährung kann sowohl Unter- als auch Überernährung bedeuten. Will man das Ernährungsproblem weiter differenzieren, dann beinhaltet dieser Begriff die qualitativ ausgewogene Ernährung und lenkt das Augenmerk auch auf die Versorgung mit Vitaminen und Mineralstoffen. So kann es zum Beispiel sein, dass

auch daran, dass bei der Nahrungszubereitung viel frittiert wird.

- Der Anteil von Zucker und süßen Getränken in der täglichen Nahrungsaufnahme steigt.
- Sitzende Tätigkeiten nehmen insbesondere in den städtischen Räumen zu – auch in Entwicklungsländern.
- Steigende Einkommen und der zunehmende Konsum von Fertigprodukten und Fast Food spielen ebenfalls eine Rolle.
- Der tatsächliche Konsum von frischem Obst und Gemüse liegt deutlich unter den Empfehlungen der Ernährungsexperten.

Veränderung der

jemand durch kalorische Überversorgung an Übergewicht leidet – gleichzeitig aber mit Vitaminen und/oder Mineralstoffen unterversorgt ist. Innerhalb einer Region und sogar eines einzelnen Haushalts sind viele Formen und Kombinationen von Fehlernährung möglich – mit sehr unterschiedlichen Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlergehen.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat sich seit 1980 die Anzahl der übergewichtigen Menschen weltweit verdoppelt. 35 Prozent der Erwachsenen über 20 Jahre galten im Jahr 2008 übergewichtig; elf Pro-

Ernährungsstile

Die Folgen der so veränderten Essgewohnheiten sind weltweit die gleichen: Diabetes mellitus (Zuckerkrankheit), Herz-Kreislaufkrankungen sowie Krebs- und Atemwegserkrankungen. Schon 2008 erklärte die Weltgesundheitsorganisation, dass 72 Prozent der Todesfälle, die auf Krebserkrankungen zurückzuführen sind, in Ländern mit niedrigen oder mittleren Einkommen auftreten. Einerseits sind diese Sterberaten insgesamt noch relativ niedrig. Andererseits werden diese Erkrankungen oft nicht oder zu spät erkannt und die Behandlungsmöglichkeiten sind unzureichend. Die Aufmerksamkeit für die neuen Probleme ist auch deshalb vergleichsweise gering, weil die steigenden Todesraten, die auf sogenannte Wohlstandserkrankungen zurückzuführen sind, durch sinkende Sterberaten ausgeglichen werden, die auf weniger Infektionskrankheiten und eine bessere Wasserversorgung zurückzuführen sind. Deshalb steigt die Lebenserwartung in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern weiterhin an.



Lebensmittelanbot in Kyoto, Japan. Foto: Gavin Anderson, wikimedia.

Dabei gibt es seit etwa zehn Jahren auch offizielle UN-Programme, die die Probleme des weltweiten Ernährungswandels thematisieren. Im Mai 2004 veröffentlichte die WHO eine *Globale Strategie zu Ernährung, physischer Aktivität und Gesundheit*. 2011 brachte die UN-Generalversammlung das Thema zur Sprache, als sie nicht-übertragbare Erkrankungen und die Möglichkeiten der Prävention und Behandlung thematisierte. Im Mai 2012 verabschiedete die Vollversammlung der WHO das „25 bis 25“-Ziel, und im November 2012 verabschiedeten die Mitgliedstaaten die dazugehörigen Kontrollmaßnahmen.

in Nord und Süd

Das Ziel „25 bis 25“ besagt, dass man bis zum Jahr 2025 die Sterblichkeitsraten, die auf nicht-übertragbare Erkrankungen zurückzuführen sind, um ein Viertel reduzieren will. Dafür wurden 25 Indikatoren festgeschrieben. Darunter finden sich eine ganze Reihe mit direktem Bezug auf Ernährungsgewohnheiten. Genannt werden Alkoholmissbrauch, der Verzehr von Obst- und Gemüse, die Aufnahme von Salz und der Verbrauch von Fetten. Allerdings fehlen Indikatoren zu gesüßten Getränken und generell zum Konsum von Zucker. Als nächster bedeutender Faktor bei der Entstehung von Übergewicht und Adipositas steht mangelnde (sportliche) Bewegung im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der WHO. Eine weitere Gruppe von Indikatoren beschreibt die gesundheitlichen Parameter, die das Ergebnis von unangemessener Nahrungsaufnahme und mangelnder physischer Aktivität sind: Übergewicht und Fettleibigkeit, Blutzucker, Bluthochdruck, Cholesteringehalt des Blutes, Sterblichkeit und Krebserkrankungen. In der Ernährungsberatung wird es immer wichtig sein, auf die Bedeutung von frischem Obst und Gemüse hinzuweisen – das ist für Über- und Untergewicht gleichermaßen wichtig. Die *Deutsche Gesellschaft für Ernährung* weist seit Jahrzehnten darauf hin, dass die Menschen zu viel, zu fett, zu süß essen sowie zu wenig Obst und Gemüse und zu viel zuckerhaltige Getränke zu sich nehmen. Gleichermäßen prangert sie an, dass sich die Menschen zu wenig bewegen. Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen allerdings dennoch steigende Raten an Übergewicht und Adipositas.

Auch die Politik kann wichtige Beiträge leisten

Die Weltgemeinschaft steht vor der Herausforderung, dem Übergewicht und den daraus entstehenden Erkrankungen effektiv zu begegnen. Auch die Politik kann dazu wichtige Beiträge leisten. Vielleicht hilft es, den Blick auf den Kampf gegen Tabakkonsum und das Rauchen zu richten: Hier wurde in vielen Ländern eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen durchgesetzt: Werbeverbote, hohe Steuern sowie rauchfreie Zonen in Zügen, Flugzeugen und öffentlichen Gebäuden. Ähnliche Maßnahmen sind durchaus im Ernährungsbereich denkbar: Steuer auf Nahrungsmittel, die zu viel Zucker und Fette enthalten, Werbeverbote oder -einschränkungen für Alkohol sowie zuckerhaltige und sonstige ungesunde Lebensmittel. Die globalisierte Welt rückt zusammen und benötigt dringend Strategien und gemeinsame Konzepte, um zu verhindern, dass immer mehr Menschen übergewichtig und deshalb krank werden. Gleichzeitig gilt es, die Menschen zu unterstützen, die immer noch um ihre tägliche Nahrung kämpfen müssen.

Dr. oec. troph. Friederike Bellin-Sesay ist Freie Gutachterin im Bereich Internationale Ernährungssicherung für FAO, WFP, GIZ, die Welthungerhilfe und andere. Sie arbeitet als Dozentin und Lektorin an Universitäten im In- und Ausland.



Fast Food. Foto: Steve Webster, wikimedia.

zent sogar als adipös (fettleibig). Wenn der *Körpermasse-Index* (Body Mass Index) größer als 25 ist, gilt der Mensch nach WHO-Standards als übergewichtig, wenn dieser Wert 30 übersteigt, als adipös. Weltweit leiden heutzutage 1,4 Milliarden Menschen an Übergewicht – deutlich mehr als an Unterernährung. Die Vorstellung allerdings, dass Übergewicht nur ein Problem der Industrieländer ist und Untergewicht ein Problem der Entwicklungsländer, stimmt in der Form nicht mehr. Ganz im Gegenteil. Im Moment besteht eher die Gefahr, dass die Welt übersieht, dass Übergewicht und Adipositas in Entwicklungsländern rasant zunehmen – und das sogar in einer höheren Geschwindigkeit als in den Industrieländern. In den Entwicklungsländern hat sich die Zahl der Übergewichtigen in den letzten 20 Jahren verdreifacht, während weltweit von einer Verdoppelung die Rede ist. In den Industrieländern steigt seit einigen Jahren zudem die Zahl der Unterernährten wieder an.

Weltweit leiden heutzutage 1,4 Milliarden Menschen an Übergewicht – eineinhalb mal so viel wie an Unterernährung (WHO)

Veränderte Ernährungsgewohnheiten

Die Veränderungen im Ernährungsverhalten und der gesamten Ernährungssituation werden auch als *Nutrition Transition* (in deutsch etwa „Ernährungswandel“) bezeichnet. Hierunter werden alle Veränderungen im Ernährungs- und Gesundheitsverhalten einer Bevölkerung zusammengefasst. Es ist zu beobachten, dass sich im Rahmen der Globalisierung die Nahrungsmuster und Gesundheitsverhalten auch in den Ländern des Südens stark verändern.

Die wichtigsten dieser Veränderungen sind:

- Der Anteil an Nahrungsfetten in der täglichen Nahrungsaufnahme nimmt zu. Das liegt zum einen am steigenden Konsum tierischer Nahrungsmittel, aber

Paradox aber wahr: Übergewicht in armen Ländern weit verbreitet

Ernährungsberater in den Ländern des Südens stehen nun vor der Herausforderung, Beratungsleistungen für ein breites Spektrum an Ernährungsproblemen anzubieten. Während viele Menschen immer noch gegen Mangel- und Unterernährung kämpfen, müssen andere dahingehend beraten werden, wie sie Überversorgung abbauen und das Gewicht reduzieren können. Solange allerdings die internationale Gemeinschaft das drängende Problem der Überernährung in den Ländern des Südens übersieht, besteht die Gefahr, dass nicht rechtzeitig gegengesteuert wird. So verliert zum Beispiel der sechste Bericht des *Standing Committee on Nutrition* der Vereinten Nationen im Jahr 2010 kein Wort über die Übergewichtsproblematik, sondern konzentriert sich ausschließlich auf die Beantwortung der Frage, inwieweit das Millennium-Entwicklungsziel, die Zahl der Hungernden zu halbieren, erreichbar ist. Hier besteht Nachholbedarf.



Mahlzeit in Südtindien. Traditionell wird hier auf einem Bananenblatt serviert. Foto: Ina Zeuch.

Es ist genug für alle da: Rein rechnerisch reichen die verfügbaren Nahrungsmittel auf der Welt für die Ernährung aller Erdenbewohner aus. Denn zurzeit werden für jeden der 7,2 Milliarden Menschen auf der Erde Nahrungsmittel mit mehr als 2700 Kilokalorien pro Tag erzeugt. Der durchschnittliche Energiebedarf eines Menschen liegt bei 2200 Kilokalorien am Tag. Allerdings drohen in absehbarer Zukunft auch auf globaler Ebene Versorgungsengpässe, dann nämlich, wenn der Klimawandel und die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen zu Ernteeinbrüchen führen und damit Bedarf und Verfügbarkeit an Nahrungsmitteln erheblich auseinanderklaffen. Dies wird bereits für Mitte des Jahrhunderts prognostiziert.

Der Klimawandel stellt eine der größten Bedrohungen für die Sicherung der Welternährung dar (siehe auch Seite 4). Dabei ist zu beachten, dass die natürlichen Ressourcen ohnehin abnehmen. Die Zerstörung der Böden führt weltweit zu einer zunehmenden Gefährdung der Ernährungsgrundlage. Denn heute zeigen bereits 25 Prozent der von den Menschen landwirtschaftlich genutzten Flächen Degradationserscheinungen. Sie umfassen: Versalzung, Erosion, Versiegelung und den Verlust der Biodiversität. Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass 168 Staaten von Wüstenbildung betroffen sind. Laut des Hintergrundberichts zur zweiten wissenschaftlichen Konferenz der Mitgliedstaaten der UN-Wüstenkonvention im April 2013 werden jedes Jahr 12 Millionen Hektar fruchtbares Land durch menschlichen Einfluss unbrauchbar – eine Fläche drei Mal so groß wie die Niederlande. So sind fast zwei Drittel der landwirtschaftlichen Fläche in Afrika nur noch eingeschränkt nutzbar. Deshalb verliert Afrika vier bis zwölf Prozent seiner Wirtschaftsleistung im Agrarsektor – weltweit sind es im Schnitt fünf Prozent. Bodendegradation ist ein Problem, das auch die Industriestaaten trifft. Besonders Staaten in Südeuropa haben zunehmend damit zu kämpfen: In der spanischen Region Almeria etwa sind mittlerweile 40 Prozent der Böden stark geschädigt. In den USA gehen 20 Prozent des landwirtschaftlichen Bruttoinlandsprodukts auf Grund von Landdegradation verloren. Erosion ist heute eines der Hauptprobleme in den Great Plains, der einstigen Kornkammer der USA.

Es wird erwartet, dass bis 2025 mehr als zwei Drittel der Weltbevölkerung unter Wassermangel leiden werden. Die Verbote für die Wasserknappheit haben sich bereits jetzt in China, Afrika, Indien, Mexiko, Ägypten und Iran eingestellt. Stark bedroht sind außerdem bereits jetzt große Flusssysteme wie der Nil in Ägypten, der Ganges in Südasien, der Gelbe Fluss in China oder der Colorado River in den USA. So treffen knapper werdende Ressourcen und eine wachsende Weltbevölkerung zusammen. Die Weltbevölkerung wird von heute fast 7,2 Milliarden Menschen bis zum Jahr 2050 auf voraussichtlich etwa 9,6 Milliarden Menschen wachsen. Die Konkurrenz um die Ressource Land nimmt deshalb weltweit zu. Deutlicher Ausdruck dafür sind großflächige Landkäufe und Verpachtungen in Entwicklungsländern. Dieses *Landgrabbing* geht häufig mit schwerwiegenden sozialen und ökologischen Folgen einher und gefährdet die Ernährungssicherung der einheimischen Bevölkerung. Das wahre Ausmaß der Landverpachtungen ist unbekannt. Das *Landmatrix Projekt* berichtet aktuell von 802 Fällen, in denen ausländische Investoren insgesamt 34 Millionen Hektar Land zu landwirtschaftlichen Zwecken erwarben. Das entspricht in etwa dem Doppelten der landwirtschaftlichen Fläche Deutschlands. Im Durchschnitt umfasst jede dieser Land-Akquisitionen 42.000 Hektar Agrarland. Doch ist davon auszugehen, dass das tatsächliche Ausmaß derartiger Geschäfte noch weit größer ist. Afrika ist mit mehr als der Hälfte aller Landgrabs die am stärksten betroffene Weltregi-

Satte Profite

Knappe Ressourcen locken Spekulanten und verschärfen die Ernährungskrise

Von Carolin Callenius



Oben: Frauen in Burkina Faso legen Dämme entlang der Bodenkontur an um die Erosion zu verringern und mehr Grundwasser zu schaffen. UN Photo, John Isaac
Mitte: Bodenerosion in Manaus, Brasilien. Foto: pontanegra, wikimedia.
Unten: Auch in Europa ist Bodendegradation vielerorts ein Problem: Beginnende Bodenerosion in der Schweiz. Foto: Volker Prasuhn, wikimedia

on. 70 Prozent der gepachteten Fläche verteilen sich auf nur elf Länder, darunter sieben afrikanische Staaten südlich der Sahara: Sudan, Äthiopien, Mosambik, Tansania, Madagaskar, Sambia und DR Kongo. Diese großflächigen Landinvestitionen können die Ernährungssicherheit in verschiedener Weise gefährden. Am gravierendsten ist sicherlich, dass die Ackerflächen selbst nicht mehr für die ländliche Bevölkerung vor Ort zur Verfügung stehen. Und immer wieder werden Menschen gar von ihrem Ackerland vertrieben, das sie über viele Generationen genutzt haben.

Ähnliche Beobachtungen lassen sich auch in Europa machen. Allein von 2009 bis 2010 stieg in Deutschland der durchschnittliche Pachtpreis um 8,7 Prozent. Insbesondere waren große zusammenhängende Flächen mit hoher Fruchtbarkeit begehrt. Hier lag die Teuerungsrate sogar um 15 Prozent. Gerade in den neuen Bundesländern wird außerdem die Bodenpolitik dahingehend kritisiert, dass in öffentlichem Besitz befindliche Flächen privatisiert und dabei agrarindustrielle Großbetriebe den bäuerlichen Familienbetrieben vorgezogen werden. Laut Zahlen der Bundesregierung haben die landwirtschaftlichen Betriebe mit einer Größe von über 500 Hektar fast 75 Prozent dieser Flächen gepachtet, obwohl diese Betriebe nur 15 bis 20 Prozent der ostdeutschen Betriebe ausmachen. Etwa fünf Prozent der Äcker Brandenburgs befinden sich in Händen von gerade sieben Anlegern.

Längst beanspruchen also auch große internationale Konzerne Ackerland für die Produktion. Nachdem über Jahrzehnte der Agrarsektor für Investitionen uninteressant schien, boomten mit der Wirtschafts- und Ernährungskrise 2009 die Investitionen in diesem Sektor. Grund dafür ist vor allem, dass sehr viel Geld aus konventionellen Anlagefonds – insbesondere aus dem Immobilienmarkt – abgezogen und reinvestiert wurde. Anlagen in Rohstoffe und insbesondere in Agrarrohstoffe scheinen vielversprechend, weil diese Märkte auch in Zukunft wachsen werden. Die hohen Weltmarktpreise für Agrarprodukte – insbesondere für Öle, Milchprodukte und Getreide – versprechen satte Profite. Finanzanlagen in Palmölproduktion z.B. wurden mit Renditechancen von über 20 Prozent beworben.

Auch bei den Fischbeständen profitieren die technisch hoch gerüsteten und auf schnellen Profit bedachten großen Fangflotten auf Kosten der Kleinfischer. Der Zustand der Fischbestände in den Weltmeeren ist dramatisch. 30 Prozent der Gewässer sind völlig überfischt, fast 60 Prozent werden bis zur Grenze des Vertretbaren ausgebeutet. Lediglich 13 Prozent der Meere sind noch intakt. Die Reduzierung der Fischbestände bedeutet die Verarmung von etwa einer halbe Milliarde Menschen, die ihr Einkommen aus dem Fischereisektor beziehen. Zudem drohen ihnen und ihren Familien Mangelernährung. Denn oftmals decken sie einen entscheidenden Anteil ihres Eiweißbedarfs aus dem Meer.

Mehr als drei Viertel der Menschen, die Hunger leiden, leben in ländlichen Regionen. Sie sind direkt oder indirekt von der Landwirtschaft, Fischerei und Tierhaltung abhängig. Für sie ist es keine Frage von Renditeerwartungen, ein Stück Land zu bestellen, Vieh weiden zu lassen oder Fische zu fangen, sondern eine Frage des Überlebens. Alle Programme zur Überwindung des Hungers, die auf eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität und die Verbesserung der ländlichen Entwicklung zielen, ohne zugleich den Zugang zu den natürlichen Ressourcen zu erhalten und die Einkommen der Armen zu verbessern, sind vor diesem Hintergrund zum Scheitern verurteilt.

Carolin Callenius ist Beraterin für das Recht auf Nahrung bei Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst. Sie berät Partnerorganisationen in der Umsetzung eines rechtsbasierten Ansatzes und setzt sich in der politischen Lobbyarbeit vor allem für deren Zugang zu Land und Wasser ein.

Handel ist gut, Kontrolle ist besser

Nahrungsmittel-Spekulation provoziert extreme Preissprünge

„Hunger macht reich“, stellte ein großes deutsches Nachrichtenmagazin 2008 anlässlich des heftigen Preisanstiegs bei Getreide fest. 2007/2008 war der Preis für Weizen von 150 auf über 400 US-Dollar die Tonne geklettert. Die Zahl der Hungernden stieg vorübergehend von 850 Millionen auf etwa eine Milliarde Menschen. Doch wer sein Geld rechtzeitig in Warentermingeschäften mit Agrarrohstoffen gesteckt hatte, konnte gut verdienen.

Die Spekulation mit Nahrungsmitteln läuft vor allem über sogenannte Warenterminbörsen: Informationen können hier schneller verarbeitet werden als an den Börsen, wo mit physischer Ware gehandelt wird. Und für die Mühlen und die Lebensmittelindustrie sind Warentermingeschäfte ein wichtiges Hilfsmittel, um sich gegen überraschende Preis- und Währungsschwankungen abzusichern und die

Kosten für ihre Rohstoffe schon im Voraus zu kalkulieren. Einige internationale Organisationen wie die Weltbank fördern deshalb die Nutzung von Termingeschäften. In den letzten Jahren gewannen jedoch Finanzspekulanten wie Banken und Fonds immer größeren Einfluss an den Terminbörsen – dieser Vorgang wird als Finanzialisierung bezeichnet. Gerade in den USA vermehrte

und beschleunigte sich der Handel dadurch stark. 2009 befanden sich Weizenterminpapiere im Wert von 4.400 Milliarden US-Dollar im Umlauf, während sich der Wert der weltweit gehandelten Weizernte auf etwa 125 Milliarden US-Dollar belief – keine drei Prozent der Kontraktsummen. Diese Finanzialisierung wird in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft unterschiedlich bewertet: Einige sagen, das größere Handelsvolumen verbessere die Leistung der Börsen und biete Anlegern gute Möglichkeiten. Andere halten dagegen, dass die eigentliche Funktion der Börsen – die Preisfindung – geschwächt werde und es eher zu Preisschwankungen und Preisblasen komme. Für einen negativen Einfluss spreche auch, dass die Preise von Finanzanlagen die von Rohstoffen heute viel stärker

beeinflussen als früher. Auch wenn die genaue Wirkung von (ausgedehnter) Finanzspekulation auf den Terminhandel nicht völlig geklärt ist, stellt sich die Frage nach einer angemessenen Regulierung. Diskutiert werden mehr Transparenz, Sicherungen gegen extreme Preissprünge, bessere Aufsicht und Handelsbeschränkungen. Sogenannte Positionslimits, die jedem Händler nur eine bestimmte Zahl an Verträgen gestatten, existieren bereits an vielen Börsen. Schließlich könnte eine Transaktionssteuer, wie sie auch die UNCTAD vorgeschlagen hat, vor allem den extrem kurzfristigen Handel einschränken.

Markus Henn ist Referent für Finanzmärkte bei Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung, WEED e.V.



Auf Wachstumskurs

Verbraucher in Deutschland setzen auf Fairen Handel

Von Antje Edler

Im Geschäftsjahr 2012 erreichte der Faire Handel in Deutschland erstmals die Umsatzmarke von 650 Millionen Euro und verzeichnete eine Steigerung von mehr als 35 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Von diesem Wachstum profitiert eine wachsende Zahl von Kleinbauern, Handwerkern und Plantagenarbeitern und ihre Familien – etwa durch gerechtere Bezahlung, besseren Arbeitsschutz, Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung.

Ausbeuterische Kinderarbeit auf Kakaoplantagen in Westafrika und extrem hohe Pestizidbelastung auf Kaffeeplantagen in Brasilien sind für immer mehr Verbraucher nicht akzeptabel. Sie halten beim Einkauf deswegen Ausschau nach fair gehandelten Produkten.

Fairer Handel ermöglicht Investitionen in ländliche Entwicklung

Der Kampf gegen den Hunger wird auf dem Land entschieden. Denn die Mehrheit der Hungernden lebt in ländlichen Gebieten und ist meist in der Landwirtschaft beschäftigt. Über die Hälfte dieser 600 Millionen Menschen sind Kleinbauern oder landlose Arbeiter. (Vgl. dazu auch den Text auf S. 3.) Sie produzieren die Lebensmittel für eine wachsende städtische Bevölkerung und erhalten doch immer weniger Gegenwert für ihre Produkte.

Der Faire Handel zeigt einen alternativen Weg auf: In langfristigen Handelspartnerschaften erhalten Produzenten existenzsichernde Preise und Zuschüsse für soziale Projekte oder den Aufbau der Infrastruktur. Hinzu kommen Beratungsleistungen, z.B. bei der Umstellung auf nachhaltigen Landbau, und Unterstützung bei der Selbstorganisation. Bei der Umstellung auf biologischen Landbau geht es vor allem um einen verminderten Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden, dem Erhalt von Bodenfruchtbarkeit und Wassermanagement.

Neben Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel unterstützt der Faire Handel auch eine klimaschonende Landwirtschaft. So schreiben z. B. die Fairtrade-Standards vor, dass unberührte Waldgebiete nicht bepflanzt werden dürfen. Mindestschutzzonen zu Flüssen und Bächen müssen eingehalten werden. Wiederverwertung, Recycling und Kompostierung gehören ebenso dazu wie die Reduzierung des Energieverbrauchs und die bevorzugte Nutzung von erneuerbaren Energien.

Den Erfolg bestätigen zahlreiche Wirkungsstudien:

- Qualitätsverbesserungen in der Produktion wirken sich nicht nur positiv auf die Selbstversorgung mit hochwertigen Lebensmitteln aus, sondern erleichtern den Zugang zu lokalen, nationalen und internationalen Märkten.
- Verlässliche, faire Preise verbessern das Einkommen von Kleinproduzenten und sichern die Arbeitsplätze von abhängig Beschäftigten. Durch den Aufbau von

Verarbeitungskapazitäten auf dem Land erhöhen die Kleinproduzenten ihren Anteil an der Wertschöpfung. Die zusätzlich gezahlte Fair-Handels-Prämie wird häufig in Gesundheitsstationen und Bildungseinrichtungen investiert und steigert die Lebensqualität auf dem Land. Verbesserungen der Infrastruktur kommen nicht nur den Fair-Handels-Produzenten, sondern der gesamten Gemeinde zugute.

- Qualifizierungsmaßnahmen sowie Organisationsentwicklung stärken das Selbstbewusstsein der Individuen sowie die Verhandlungsmacht ihrer Organisationen.

Der Faire Handel ermöglicht es Kleinbauern, das Potenzial ländlicher Regionen zur Ernährungssicherung zu entfalten. Auch die Politik ist hier gefragt und ein grundlegender Wandel der globalen Agrarpolitik hin zu einer stärkeren Förderung kleinbäuerlicher Nahrungsmittelproduktion nötig.

Der Faire Handel macht für die Bauern im Süden einen großen Unterschied. Gleichzeitig ermöglicht er es Verbrauchern, direkten Einfluss auf Lebens- und Arbeitsbedingungen der im Agrarbereich produzierenden Landbevölkerung zu nehmen. Mehr als 1,4 Millionen Produzenten profitieren schon heute davon. Gleichzeitig setzt der bewusste Konsum auch ein politisches Zeichen und unterstützt die Fair-Handels-Bewegung in ihren Forderungen nach faireren Rahmenbedingungen für den internationalen Handel. Fair gehandelte Produkte sind im Supermarkt am Fairtrade-Siegel erkennbar. Im Weltladen gibt es ein breites fair gehandeltes Produktsortiment von anerkannten Fair-Handels-Importeuren wie z. B. der GEPA, dwp, EL PUENTE, Globo und Banafair. Im Bio-Handel bietet auch das Naturland-Fair-Siegel ein Erkennungszeichen für fair gehandelte Produkte.

Antje Edler ist Geschäftsführerin des Forum Fairer Handel e.V., dem Netzwerk des Fairen Handels in Deutschland.

2013 – Internationales Jahr der Quinoa

KLEINES KORN, GROSSE WIRKUNG

Von Anne Bien und Claudia Grözinger

Quinoa (sprich kinwa) ist eine 5.000 Jahre alte Kulturpflanze der Inka – bis heute gehört sie zum Speiseplan der indigenen Bauern im Hochland Boliviens. Die äußerst nährstoff- und vitaminreiche Körnerfrucht geriet in den anderen Landesteilen jedoch fast völlig in Vergessenheit, denn Weizenprodukte galten auch in Bolivien lange Zeit als modern und waren auf Grund der billigen Importe aus den USA zudem noch günstiger.

Doch mittlerweile erfreut sich das „Wunderkorn“ aus den Anden vor allem bei Verbrauchern in Europa und den USA immer größerer Beliebtheit, besonders in der Vollwert- und Bio-Ernährung. Quinoa enthält besonders viel Magnesium und Eisen – und ist glutenfrei. Außerdem ist der Anbau und die Nutzung dieses Getreide tief in der Andenkultur verwurzelt. Die Genügsamkeit und Trockenresistenz der Pflanze bieten wichtige Ansatzpunkte für die Verbesserung der Ernährungssicherung und -souveränität in den Anbauregionen. Aus all diesen Gründen hat die UN-Generalversammlung das Jahr 2013 zum UN-Jahr der Quinoa ausgerufen.

Das GEPA Fair Handelshaus betreibt schon seit 1988 Fairen Handel mit den Mitgliedern der Produzenten-Organisation ANAPQUI. Dadurch hat sich ein neuer Absatzmarkt eröffnet. Das ist wichtig für die Bauern. Denn sie



Bauer in Bolivien mit roter Quinoa. Foto: GEPA – The Fair Trade Company.

leben im südlichen Hochland von Bolivien in Höhen zwischen 3.600 und 4.000 Metern. Das Klima ist rau und die kargen Böden sorgen für schwierige Lebensverhältnisse. Nur knapp ein Drittel des Landes, das den Bauern gehört, ist für die Landwirtschaft geeignet. Quinoa gehört zu den wenigen Pflanzen, die in diesem Klima gedeihen. Die indigenen Familien bauen jedoch auch Mais und Kartoffeln an und halten Schafe, Lamas und Alpacas.

Über ANAPQUI können die Bauern ihre Quinoa nicht nur vermarkten, sondern auch aufbereiten lassen. So ist es der Produzenten-Organisation gelungen, eine eigene Quinoa-Verarbeitungsanlage aufzubauen. Die Organisation übernimmt auch den Transport der Ernte. Außerdem bietet ANAPQUI seinen Mitgliedern agrartechnische Beratung und Fortbildungen zum Beispiel zu Buchhaltung und Verwaltung an und vergibt sogar Stipendien an junge Leute, die Landwirtschaft studieren möchten. Immer mehr Bauern stellen außerdem auf ökologischen Anbau um. Nach Deutschland importiert die GEPA auch die verwandte „rote Quinoa“, die bereits zu verschwinden drohte. Das trägt zur Artenvielfalt bei und verschafft den Bauern zusätzliche Einkommensmöglichkeiten.

Anne Bien und Claudia Grözinger arbeiten in der Pressestelle von GEPA – The Fair Trade Company

Weitere Lesehinweise:

Das WFP verfügt über eine ausgezeichnete deutschsprachige Webseite: de.wfp.org.

Gute Informationen zum Thema Landraub finden sich bei INKOTA: www.inkota.de/themen-kampagnen/welternahrung-landwirtschaft/land-grabbing/. Eine Datenbank über bekannt gewordene Landverkäufe bietet landmatrix.org.

Sehr umfassend ist die die Seite des wiki-Bildungsservers zum Klimawandel: wiki.bildungsserver.de/klimawandel/index.php/Hauptseite. Infos zum Fairen Handel gibt es beim Forum Fairer Handel: www.forum-fairer-handel.de.

fairer-handel.de. Wer sich für Zertifizierung, Produktstandards und -informationen interessiert, ist bei www.fairtrade-deutschland.de richtig.

Alle wichtigen Infos zu einer gesunden Ernährung gibt es bei der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) unter www.dge.de

„Welternährung“. Aus Politik und Zeitgeschichte 6-7/2009 der Bundeszentrale für politische Bildung: www.bpb.de/system/files/pdf/S3KEQP.pdf

Der Welthungerindex 2012 der Welthungerhilfe liegt als Download (PDF) vor und als interaktive Karte vor: www.welthungerhilfe.de Die Infos sind auch als App für Apple- und Android-Geräte erhältlich.

UN-Basis-Informationen 48: Klimaschutz und die Vereinten Nationen als Heft und interaktiv unter www.dgvn.de

Robuste Menschen, robuster Planet – Für eine lebenswerte Zukunft Bericht der Hochrangigen Gruppe zu Globaler Nachhaltigkeit des UN-Generalsekretärs, Blaue Reihe Nr. 112, Berlin 2012, www.dgvn.de

Internet-Themenportale:

klimawandel-bekaempfen.dgvn.de
menschliche-entwicklung-staerken.dgvn.de

EINE-WELT-PRESSE

DIE NORD-SÜD-ZEITUNG

Die EINE-WELT-PRESSE erscheint in der Regel einmal jährlich und befasst sich jeweils mit einem thematischen Schwerpunkt. Sie sind am regelmäßigen Bezug oder an bereits erschienenen Ausgaben interessiert? Auf Anfrage senden wir Exemplare gerne zu – auch größere Stückzahlen für die Bildungsarbeit. Die Publikation wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

IMPRESSUM

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
Zimmerstraße 26/27 | D-10969 Berlin
Telefon (0 30) 25 93 75 - 0 | Telefax (0 30) 25 93 75 29
E-Mail: info@dgvn.de | Web: www.dgvn.de

Verantwortlich

Dr. Beate Wagner, Generalsekretärin

Redaktion

Uwe Kerkow, Ulrich Keller

Gestaltung / Produktion

adrian.medienundbuch.de

ClimatePartner[®]
klimateutral

ISSN 1614-5437

Druck | ID: 53106-1309-1018

Gedruckt auf 100 Prozent-Recycling-Papier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel.